D1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Jörn Pohl (KV Kiel) + Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Titel: **Dialog statt Repression! Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen schützen!**

Antragstext

Die Innenministerkonferenz (IMK) wird auf ihrer Tagung Anfang Dezember über Maßnahmen beraten, die einen erheblichen Angriff auf die Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen darstellen. In den letzten Tagen und Wochen hat sich hier Widerstand gebildet. Mehr als 20.000 Fans zahlreicher Vereine protestierten gemeinsam in Leipzig, mehr als Hunderttausend Fans unterschrieben innerhalb kürzester Zeit eine Petition „Der Fußball ist sicher.

Nein zu Populismus – Ja zur Fankultur!“
Es wäre nicht das erste Mal, dass Fußballfans zum Versuchsobjekt für überzogene und unverhältnismäßige Sicherheitsverschärfungen werden. Dabei hat sich die Sicherheitslage in den Stadien bundesweit in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert.
Trotz immer neuer Rekordbesuchszahlen und der Tatsache, dass jedes Wochenende Millionen von Fans und Zuschauer*innen die Spiele verfolgen, sind alle relevanten Kennzahlen, wie die Zahl an Verletzten, Ermittlungsverfahren und Polizeistunden, stark rückläufig. Dies zeigt u.a. auch der Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS). Während Gewaltdelikte abnehmen, bleibt das Sicherheitsniveau in den Stadien konstant hoch. Umso unverständlicher ist es, dass im Vorfeld der IMK erneut über sehr weitreichende Überwachungsmaßnahmen diskutiert wird.
Ob personalisierte Tickets, der verstärkte Einsatz “intelligenter” Videoüberwachung und künstlicher Intelligenz zur Gesichtskontrolle - die vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente werden seit Jahren höchst kontrovers diskutiert. Statt den Dialog mit DFB, DFL, Vereinen und organisierten Fans fortzusetzen und gemeinsam zu guten Lösungen zu kommen, riskieren die Innenminister*innen durch ihr Vorgehen eine Vertiefung ohnehin bestehender

Gräben und eine weitere Eskalation.

Bündnis 90/ die Grünen Schleswig-Holstein kritisieren das Vorgehen im Vorfeld der IMK und den geplanten Einsatz von unausgereiften, tief in die Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen eingreifenden Maßnahmen scharf. Versuchen, diese Instrumente zunächst in Stadien und deren Umfeld einzusetzen, um sie später auch in anderen öffentlichen Bereichen einzusetzen, stellen wir uns entschieden entgegen. Grundrechte gelen auch für Fußballfans und Zuschauer*innen!
Die massive Einschränkung von Grundrechten und der Pauschalverdacht machen Stadien und Gesellschaft nicht sicherer. Extrem fehlerhafte Gesichtserkennungssysteme und flächendeckende, (intelligente) Videoüberwachung gefährden Grundrechte und sind extrem kostenintensiv.
Wir teilen auch die aufgrund von Missbrauchsanfälligkeit starke Kritik von Datenschützern an der diskutierten Einführung von personalisierten Tickets. Pauschale Stadien- und Stadtverbote gegen ganze Fangruppen sind ebenfalls nicht zu rechtfertigen. Verpflichtende Stadionverbote schon bei Einleitung eines Ermittlungsverfahren würde die unseren Rechtsstaat konstituierende Unschuldsvermutung aushebeln und wären unseres Erachtens klar rechtswidrig.

Stadionverbote müssen schon heute nach entsprechenden Überprüfungen immer wieder zurückgenommen werden. Auch mit rechtswidrigen Speicherungen in der „Datei Gewalttäter Sport“ gibt es immer wieder Probleme. Dennoch sind notwendige rechtsstaatliche Reformen, für die wir uns als Grüne immer eingesetzt haben, bisher weitgehend ausgeblieben.
Bereits in der Vergangenheit kam es zu fragwürdigen Datenerhebungen von Fußballfans durch Polizeibehörden. Niemand sollte seine Rechte am Stadiontor abgeben. Stattdessen setzen wir uns als Grüne für präventive Maßnahmen, wie die Zusammenarbeit mit Fanvereinigungen und den verstärkten Einsatz von Sozialarbeiter*innen aus. Hierbei muss auch eine rechtliche Stellung der Stärkung von Sozialarbeiter*innen im Fanbereich angestrebt werden.
Fälle wie die Verurteilung von drei Mitarbeiter*innen eines Fanprojekts im Oktober 2024 wegen Aussageverweigerung, schwächen das Vertrauen der Fanszenen. Im Oktober dieses Jahres wurde ein Verfahren gegen Sozialarbeiter*innen eingestellt. Dennoch sahen sich diese über Jahre einem Gerichtsverfahren ausgesetzt. Hier wollen wir die Einführung eines Zeugnisverweigerungsrecht prüfen, denn die Aufgabe von Sozialarbeiter*innen ist es, Brücken zu bauen und ein Staat, der diese vor Gericht zwingt, untergräbt ihre Arbeit.

All diese Beispiele zeigen, dass Grundrechtseingriffe oft Fans und Zuschauer*innen treffen, die keinerlei Fehlverhalten zeigen. Vielmehr verhalten sich Millionen Fans an jedem Spieltag absolut rechtskonform Selbstverständlich gibt es auch Personen, die randalieren und gezielt gewalttätige Auseinandersetzungen suchen - mit Fans anderer Mannschaften, Ordnern oder der Polizei. Das bestreitet niemand. Statt auf die Breite der Millionen von

friedlichen Fans und Zuschauer*innen abzielende, unverhältnismäßige Maßnahmen setzen wir uns für ein zielgerichtetes Vorgehen gegen diejenigen ein, die ganze Kurven und Fanszenen immer wieder in Misskredit bringen.

Dialog und Prävention statt repressiven Populismus!
Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, von den derzeit in der Diskussion befindlichen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Statt die Faktenlage komplett zu ignorieren und ohnehin bestehende Gräben ohne Not weiter zu vertiefen, müssen sie endlich eine grundrechteschonende, fakten- und evidenzbasierte Sicherheitspolitik verfolgen. Statt Vereine, Verbände und Fans zu ignorieren, fordern wir zu einer Rückkehr zum Dialog auf.
Statt des Ausbaus rein repressiv wirkender Kollektivmaßnahmen braucht es in erster Linie Prävention, die Stärkung von Fanprojekten und zielgerichtetes Vorgehen gegen Täter.
Deutsche Fußballstadien und Kurven sind immer auch das Spiegelbild unserer Gesellschaft. Gesellschaftliche Entwicklungen machen weder positiv noch negativ vor dem Fußball, Fans und Zuschauer*innen halt. Die sehr erfolgreiche Arbeit von Fanprojekten, gerade mit jungen Fans, ist die beste Prävention und gelebte Demokratiearbeit. Gute Arbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit. Daher wollen wir Fanprojekte stärken und auch die Erkenntnisse aus der Fansozialarbeit als Grundlage von politischen Entscheidungen heranziehen.

Der Antrag wird gemeinschaftlich gestellt von Jörn Pohl (KV Kiel) und Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Begründung

Begründung Dringlichkeit:
Die sehr weitreichenden Pläne, die auf der kommenden Innenministerkonferenz Anfang Dezember in Bremen beraten und ggf. beschlossen werden sollen, sind erst nach Antragsschluss für den LPT bekannt geworden. In der Folge hat sich eine größere politische Debatte zu dem Thema entfacht, zu der wir uns als Partei positionieren sollten.

Unterstützer*innen

Conny Clausen (KV Flensburg), Marcel Beutel (KV Ostholstein), Luca Köpping (KV Kiel), Katharina Bartsch (KV Herzogtum Lauenburg), Jan Kürschner (KV Kiel), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Gazi Freitag (KV Plön), Moritz Bührmann (KV Kiel), Maya Diederichs (KV Kiel), Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg)